

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15



## Inhalt

Polen braucht Integration in den Westen und Kooperation mit dem Osten, stellt anlässlich des 50. Jahrestages der Warschauer Aufstands **Markus Meckel MdB** fest.

Seite 1

Zivile UN-Beobachter sollen dafür sorgen, daß die Greuelpropaganda des alten Regimes in Ruanda die Rückkehr der Flüchtlinge nicht verhindert, fordert **Dr. Klaus Kübler MdB**.

Seite 2

Die Justizministerin kommt mit ihren Vorschlägen für ein neues Kindschaftsrecht um zwei Jahre zu spät, bedauert **Margot von Renesse MdB**.

Seite 3

Um die Kinder vor den Gefahren starker Ozonbildung zu schützen sollte der Umweltminister handeln anstatt zu lamentieren, empfiehlt **Wilhelm Schmidt MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 146

2. August 1994

### Polen setzte Maßstäbe

Europa braucht Versöhnung und die Überwindung der Last der Vergangenheit

Von Markus Meckel MdB

Der polnische Präsident Walesa hat zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes die Staatsoberhäupter derjenigen Länder eingeladen, die damals beteiligt waren. Besonders bemerkenswert sind dabei die Einladungen an Bundespräsident Herzog, der ihr folgte, sowie die an den russischen Präsidenten Jelzin.

Am 1. August 1944 kam es zum letzten verzweifelten Kampf der polnischen Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer, der schließlich aufgrund der Übermacht der Nationalsozialisten und durch das Nichteingreifen der sowjetischen Roten Armee am 2. Oktober 1944 niedergeschlagen wurde. In diesem Zeitraum kämpften 50.000 polnische Soldaten gegen die deutsche Übermacht und am 2. Oktober hatte die polnische "Heimatarmee" 10.000 Soldaten verloren, circa 700.000 polnische Zivilisten mußten von 1939 bis 1945 sterben, darunter 400.000 Juden. Diejenigen Warschauer Bürger, die den Aufstand überlebten, wurden daraufhin in deutsche Lager deportiert. Obwohl durch die eindeutige militärische Übermacht der deutschen Besatzer die Erfolglosigkeit dieses Kampfes vorgezeichnet war, unterstützte die Warschauer Bevölkerung diese Form des Widerstands in stärkster Weise. Gerade der psychologische Charakter der Tat ist hervorzuheben. Andrezej Szczępiński meint, daß die Bevölkerung fünf Jahre wartete "auf die Stunde der Wahrheit, auf die Stunde des Kampfes, auf die Stunde der Befreiung (...). Das war eine psychische Notwendigkeit."

Neben dem Warschauer Ghetto-Aufstand von 1943 war diese Handlung eine historische Folge der polnischen Freiheitskämpfe des 19. Jahrhunderts, in dem das polnische Volk immer wieder unter Beweis stellte, wie freiheitsliebend und für seine nationalen Rechte kämpfend es ist. In derselben Tradition steht die Solidarnosc-Bewegung, welche durch ihre beharrliche Haltung gegenüber dem kommunistischen System die Ereignisse des Jahres 1989 mit prägte.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindertem Umgang  
mit unseren Publikationen  
Anschaffen Papier



Das Andenken an diese historische Tat vor 50 Jahren macht es uns zur Aufgabe, alles Mögliche zu tun, daß sich solch ein totalitäres Regime wie das der Nationalsozialisten mit ihrer Politik gegenüber unserem polnischen Nachbarn in Zukunft nicht mehr realisieren kann und darf.

Der polnische Präsident Lech Wałęsa machte den Jahrestag dieses für alle Polen symbolhaften und dramatischen Ereignisses zu einem großen Tag der Versöhnung; angesichts von Schuld und Schrecken der Vergangenheit rückte er die Zukunft in den Mittelpunkt der Gedanken: Europa braucht Versöhnung und die Überwindung der schweren Last der Vergangenheit. Polen darf nie wieder zum Spielball deutsch-russischer Politik werden. Es braucht vielmehr die Integration in den Westen ebenso wie die Kooperation mit dem Osten. Letzteres wird umso besser realisiert werden können, wie ersteres gestaltet werden kann. Beides wird für die zukünftige Architektur Europas von entscheidender Bedeutung sein.

Mit dieser Weise, wie Polen diesen Jahrestag gestaltete, setzte es Maßstäbe für die Jahrestage 1995. Sie werden in die Zukunft weisen, wenn die Feinde von damals sich heute als Partner der Gestaltung von Freiheit und Demokratie zeigen und sich zu dieser gemeinsamen Verantwortung bekennen.

(-/2. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Zivile UN-Beobachter nach Ruanda** **Greuelpropaganda in Ruanda muß gestoppt werden**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

Umgehend muß eine ausreichende Zahl von zivilen UN-Beobachtern in allen Teilen Ruandas einschließlich der von Frankreich besetzten Gebiete zusätzlich zu den geplanten UNAMIR-Aktionen stationiert werden. Es ist zu unterstreichen, daß das zentrale Problem Ruandas die Frage der Rückführung von fünf bis sechs Millionen Flüchtlingen ist. Mindestens 75 Prozent der Bevölkerung sind Flüchtlinge innerhalb und außerhalb Ruandas. Ihre Rückkehrbereitschaft hängt von der Gewährleistung ihrer Sicherheit, sprich dem Schutz vor Massakern, ab.

Gegenüber der neuen Regierung, von der zahlreiche Vertreter lange Jahre außerhalb Ruandas gelebt haben, werden aufgrund der Greuelpropaganda des bisherigen Regimes Massaker gegenüber den zurückkehrenden Flüchtlingen gefürchtet. Es handelt sich hierbei um eine erfolgreiche Greuelpropaganda des bisherigen Regimes. Voraussetzung für den Beginn der Normalisierung und den Beginn des Wiederaufbaus des Landes ist aber die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Wohnorte. Die Rückkehrbereitschaft setzt voraus, daß die Bevölkerung Vertrauen in die allgemeine Sicherheitslage bekommt. Das schafft die neue Regierung nicht alleine. Deshalb sind dringend internationale zivile UN-Beobachter notwendig.

Die Greuelpropaganda gegen die neue Regierung hält an. Unverständlich ist, daß dies nicht gestoppt werden kann oder daß man sie nicht stoppen will. Wenn es nicht erneut zu einem Bürgerkrieg kommen soll und ein Friedensprozeß eingeleitet werden soll, muß den Vertretern des bisherigen Regimes jede Möglichkeit von ausländischen Staaten genommen werden, mit ihrer Duldung zu einem neuen Bürgerkrieg aufzurufen und Greuelpropaganda zu verbreiten, die das Flüchtlingsproblem weiter dramatisch zuspitzt. Es muß Schluß sein mit dem Spiel mit den Flüchtlingen.

Außerdem ist es dringend notwendig, im Land für die heimkehrenden Flüchtlinge Lebensmittel- und Wasserdepots bereitzuhalten.

Es ist die mangelnde Bereitschaft scharf zu kritisieren, UNAMIR in Ruanda so auszurüsten, daß UNAMIR in der Lage ist, für die Sicherheit der heimkehrenden Bevölkerung zu sorgen und die Übernahme der französischen Schutzzonen vorzunehmen. Die fehlende Unterstützung der UN-Aktion in Ruanda trägt zur weiteren Verschlechterung der Gesamtsituation in Ruanda bei.

Die UN muß umgehend die Sicherheitslage in Ruanda gewährleisten und für einen termingerechten Abzug der Franzosen aus ihren Schutzzonen sorgen. Es ist aberwitzig, wenn die mangelnde Unterstützung der UN-Aktion jetzt dazu führt, daß die Franzosen ihre Präsenz in Ruanda verlängern und damit einen Neuanfang belasten.

(-/2. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Das Recht der Kinder wurde verschlafen

Die Justizministerin kommt mit ihrem Kindschaftsrecht zwei Jahre zu spät

Von Margot von Renesse MdB

Welche Überraschung: Die Justizministerin kommt jetzt plötzlich mit einem Vorhaben heraus, das die SPD im Bundestag - inhaltlich fast genauso - schon vor zwei Jahren eingebracht hat. Natürlich kann man nun in der Sache sehr zufrieden sein mit dem, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger vorschlägt, um das längst der gesellschaftlichen Realität nicht mehr entsprechende Kindschaftsrecht zu entrümpeln. Nur: Warum so spät erst diese Einsicht?

Offensichtlich hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger die Courage gefehlt, das für richtig erkannte in der Koalition zu vertreten, sich für zeitgemäßes Recht einzusetzen. Statt dessen hat sie in jüngerer Vergangenheit mehrere kleinste Anläufe genommen, um Teilbereiche des zu reformierenden Rechts zu ändern - und ist damit gestrandet; alle drei bisher von ihr auf den Weg gebrachten Reförmchen (Züchtigungsrecht, Beistandschaft, Erbschaftsrecht) werden das Ende dieser Legislaturperiode unvollendet erleben. Das kommt davon, wenn man nicht die Kraft hat, den notwendigen großen Wurf zu wagen. So behält die Unions-typische Familienideologie mit ihren althergebrachten moralisierenden Vorstellungen die Überhand.

Die Justizministerin muß sich fragen lassen, warum sie das, was sie jetzt inhaltlich ganz richtig vertritt, nicht schon längst in die Tat umgesetzt hat. Die Regierungsmitglieder werden nicht für gute Diskussionsbeiträge bezahlt, sondern für effektives Handeln - und da gibt es eben leider nur eine Fehlanzeige.

Dabei entsprechen die Reformvorschläge nur dem, was in Karlsruhe längst als einzig verfassungsgemäß erkannt worden ist: Demnach dürfen Kinder nicht benachteiligt werden, nur weil ihre Eltern nicht verheiratet sind; demnach darf nichtehelichen (oder geschiedenen) Vätern nicht jede Brechtigung zur elterlichen Sorge vorenthalten werden.

Leider, leider: mit Torschlußpanik knappe drei Monate vor der Bundestagswahl ist niemandem geholfen. Seit zwei Jahren liegt der SPD-Entwurf auf dem Tisch, längst hätte sich die Justizministerin anschließen können - und das erforderliche in die Tat umsetzen.

(-/2. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Handeln statt lamentieren**  
**Kinder besonders vor Ozon und Hitzeelwirkung schützen**

**Von Wilhelm Schmidt MdB**  
**Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion**

Zu den besonders gefährdeten und belasteten Personengruppen in dieser Zeit großer, langandauernder Hitze und starker Ozonbildung in der Luft zählen die Kinder, besonders diejenigen mit Allergie- und Asthmaerkrankungen (und das sind weit mehr als zwei Millionen, wie auch die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Kindergesundheit und Umweltbelastungen" eingestehen mußte).

Es ist daher richtig, wenn Experten in den VDI-Nachrichten Juli 1994 (Info-Blatt des Verbandes Deutscher Ingenieure) darauf aufmerksam machen, daß "gesundheitsschädigende Ozonwirkungen bei Personen, die ohnehin schon eine entzündliche oder allergische Gewebsschädigung der Lunge aufweisen, dadurch verstärkt wird, daß Sauerstoffradikale (Oxidanten) auch von den Abwehrzellen des menschlichen Körpers gebildet werden, um die Entzündungserreger abzutöten und die allergischen Reaktionen einzudämmen. Damit die körpereigenen Oxidanten nicht zu einer Zerstörung der Gewebsoberfläche führen, bildet der Körper selbst einen Schutzfilm durch Antioxidantien (zum Beispiel Gluthation). Überwiegen bei einem Entzündungsprozeß die körpereigenen Abwehroxidantien, reichen schon geringe Mengen von außen zugeführten Ozons aus, um beträchtliche Entzündungsausbreitungen und -verstärkungen herbeizuführen."

Im Einzelfall sind daher die bundesweit geltenden Grenzwerte oft ohne Belang. Asthmatiker müssen unter den Bedingungen körperlicher Anstrengung schon bei geringsten Ozonkonzentrationen von außen mit der Auslösung von Asthmaanfällen rechnen. Das gilt ganz besonders für Kinder mit ihrer schwächeren Allgemein-Konstitution.

Die Scheingefechte des Bundesumweltministers und seine Verlagerung der Verantwortung auf die kommunale Ebene sind eine völlig unangemessene Antwort auf diese Erkenntnis. Eine Senkung der Grenzwerte (in der Schweiz zum Beispiel mit 120 Mikrogramm/Kubikmeter etwa die Hälfte des in Deutschland geltenden Grenzwerts) ist eine Seite, die schnellstmögliche Beseitigung der Ursachen der Ozonbelastung die bessere. Insofern sollte der Bundesumweltminister sein öffentliches Lamentieren unterlassen und vielmehr zum eigenen konkreten Handeln übergehen. Die Landesregierungen von Hessen und Sachsen-Anhalt haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten die richtigen Zeichen gesetzt. Die Bevölkerung, vor allem die Autofahrer-Gilde, muß wissen, daß schneller als ohnehin schon befürchtet eine nachhaltige Schädigung unserer Umwelt eintritt, wenn wir nicht alle besonnen reagieren. Und die Eltern müssen wissen, daß sie im Interesse des Schutzes ihrer Kinder vor Gesundheitsgefährdungen noch sorgfältiger zu handeln haben.

(-/2. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*